

WAHLEN 2024

## Nach der Wahl ist vor der Wahl



Nächsten Herbst finden, wie in der Stadt Bern, vielerorts Gemeindewahlen statt.

AZB 3001 Bern  
DIE POST



### Nach den Nationalratswahlen liegt der Fokus auf dem kommunalen Superwahljahr 2024. Die EVP tritt in rund 30 bernischen Gemeinden an.

Können Sie sich vorstellen, für die EVP zu kandidieren? Nicht selten gibt es Vorurteile gegenüber einer Kandidatur. Wir entkräften hier einige wichtige Einwände und Vorbehalte.

**«Ich habe keine Zeit!»**

Der Zeitfaktor ist das wohl gewichtigste Argument gegen eine Kandidatur. Aber: Es sind nicht alle politischen Ämter derart zeitintensiv wie ein Gemeinderats- oder ein Grossratsmandat.

Ämter in Kommissionen oder in Parlamenten mittelgrosser Gemeinden können oft problemlos mit anderen Verpflichtungen in Einklang gebracht werden.

**«Ich habe nichts zu sagen!»**

Viele Menschen unterschätzen ihre Möglichkeiten. Um in der Politik mitreden zu können, braucht es einen gesunden Menschenverstand und Interesse an politischen Fragen. Wir alle haben Vorstellungen und Wünsche.

Ein politisches Amt bringt die einmalige Möglichkeit, konkrete Verbesserungen zu erwirken!

**«Ich bin nicht immer gleicher Meinung wie die EVP!»**

Die EVP ist eine Volkspartei und lebt von der Meinungsvielfalt ihrer Mitglieder. Dies macht die politische Debatte innerhalb der Partei spannend und verhindert einen Einheitsbrei. Nicht immer vertreten alle Exponentinnen und Exponenten der EVP geschlossen

die Parteimeinung. Stehen Sie also zu Ihrer Meinung!

**«Mir fehlt das erforderliche Wissen!»**

Wissen kann man sich aneignen. Es braucht Neugier und Interesse. Das Einarbeiten in die Dossiers ist vor allem zu Beginn mit Zusatzaufwand verbunden. Mit den Abläufen ist man allerdings schnell einmal vertraut. Zudem kann man oft auf die Hilfe und Unterstützung von erfahrenen Amtskolleginnen und -kollegen zählen.

*Philippe Messerli  
Co-Geschäftsführer EVP BE*

**PAROLEN 3. MÄRZ 2024**

Infos:  
[evp-be.ch](http://evp-be.ch) und [evppev.ch/abstimmungen](http://evppev.ch/abstimmungen)



**Dringliche Gesetzgebung**

JA



**Initiative für eine 13. AHV-Rente  
Renteninitiative**

NEIN

Infos: [evp-be.ch](http://evp-be.ch) und [evppev.ch/abstimmungen](http://evppev.ch/abstimmungen)

**GROSSER RAT 3**

Budget, Steuern und Informatikkredite bildeten die Schwerpunkte der Wintersession des Berner Kantonsparlaments.

**ABSTIMMUNGEN 3 / 4**

Die Stimmberechtigten entscheiden am 3. März über eine kantonale und zwei nationale Abstimmungsvorlagen.

**INTERVIEWS 5 / 7**

Die zwei kommunalen Parlamentsmitglieder Sabrina Amacher aus Interlaken und Yannick Gloor aus Biel berichten über ihr Engagement.

**EVP IN AKTION 6**

Die Berner EVP-Frauen befassten sich mit «Palliative Care», Nationalrat Marc Jost u. a. mit Finanzen und Umwelt.



### Was ich mir wünsche

Kennen Sie jemanden, der sein Kind in der Schwangerschaft verloren hat? Leider passiert dies sehr häufig, bestimmt auch in Ihrem Bekanntenkreis: Schätzungen zufolge erlebt dies jede dritte Frau. Haben Sie die Eingangsfrage mit nein beantwortet, dann wohl eher, weil das Thema ein Tabu ist und Sie nicht davon erfahren haben – nicht, weil es nicht passiert ist. Wenn jemand dieses Tabu brechen sollte, dann wir. Der Wert des Lebens – gerade vor der Geburt – ist vielen von uns sehr wichtig. Diesen Wert können wir politisch wirkungsvoll weitergeben, indem wir uns für Sternenkinder – so nennt man die vor der Geburt verstorbenen Kinder – einsetzen. Ich mache dies seit bald zehn Jahren schweizweit und stelle mit Freude fest, dass ich damit meist bei allen Parteien offene Türen einrenne. Im Gegensatz dazu lässt die Gesellschaft beim Thema Abtreibungen aktuell leider keine politische Veränderung zum Schutz des ungeborenen Lebens zu.

Ich wünsche mir, dass wir als EVP für unsere Werte eintreten und den Kanton Bern nach unseren Vorstellungen politisch verändern. Ich wünsche mir, dass wir unsere Energie dabei gezielt dort einsetzen, wo Veränderungen möglich sind. Ich wünsche mir, dass wir Kompromisse suchen, um Mehrheiten zu finden, und uns an den Erfolgen freuen können, auch wenn sie noch so klein sein mögen. Und ganz besonders freuen würde mich, wenn die EVP-Familie 2024 mithilft, das eingangs erwähnte Tabu zu brechen, und betroffenen Familien Mitgefühl schenkt.

*Janina Müller-Heiniger, Stadträtin  
Mitglied GL EVP BE, Langenthal*

## Stabile EVP-Basis



**Die Resultate der Gemeindewahlen 2023 zeugen von erfreulicher Stabilität der EVP.**



*Die Gewählten: Johannes Wenner aus Aegerten, Lea Bützer aus Biglen, Markus Hildebrand aus Lotzwil, Kathrin Lanz aus Lotzwil, Sujeevan Kandasamy aus Pieterlen, Daniel Würsten aus Uetendorf.*

Mit Daniel Würsten in Uetendorf und Markus Hildebrand in Lotzwil wurden zwei EVP-Gemeinderäte mit bemerkenswerten persönlichen Resultaten wiedergewählt. In Aegerten wurde Johannes Wenner als Gemeinderat in stiller Wahl in seinem Amt bestätigt. Weil ein Gemeinderat kurzfristig auf die Wiederwahl verzichtete,

verlor die EVP in Lotzwil trotz einem Wählendenanteil von 25,4 % leider ihren zweiten Exekutivsitze. Dafür verteidigte sie den Sitz in der Schulkommission mit einem sehr guten Resultat. Auch in Biglen wurde das EVP-Mitglied in der Bildungskommission mit einem Stimmenanteil von mehr als 20 % im Amt bestä-

tigt. In Pieterlen gewann die EVP ein Mandat in der Gesellschaftskommission. In Bätterkinden wie auch in Bremgarten trug die EVP mit ihren Wahlteilnahmen zur Stärkung der konstruktiven Kräfte bei.

*Lukas Zimmermann-Oswald  
Projektleiter Gemeindewahlen*

### AUGENBLICK

## Glauben, hoffen, handeln



**Das vergangene Jahr hatte es in sich. Naturkatastrophen und Kriegswirren prägten die Schlagzeilen. Auch gesellschaftliche Entwicklungen lösen manchmal Sorgen aus. Wohin geht die Reise mit unserer Gesellschaft noch?**

Die einen oder anderen erinnern sich an apokalyptische Endzeitdarstellungen der Bibel. Auch wenn ich meine Augen vor diesen Zeitzeichen nicht verschliessen will, so glaube ich, dass wir Christinnen und Christen in Politik und Gesellschaft einen anderen Auftrag haben, als die böse Zeit zu beklagen. Wir sind dazu berufen, Hoffnung zu verkündigen, Mut zu verbreiten. Persönlich beeindruckt mich die Haltung von Martin Luther: «Und wenn ich wüsste, dass morgen die Welt unterginge, würde ich noch heute ein Apfelbäumchen pflanzen.» In den Worten Luthers springt mir eine grosse Zuversicht ins Auge. Ist Gott



*Herbert Geiser*

an unserer Seite, erwartet uns garantiert eine gute Zukunft. Als Hilfswerk HMK (Hilfe für Mensch

und Kirche) begegnen uns täglich herausfordernde Schicksale. Menschen werden diskriminiert, benachteiligt und geschlagen. Da wollen wir gemäss dem HMK-Motto nicht klagen, sondern glauben, hoffen und handeln. Warum? – Weil das unserer christlichen DNA entspricht. Mehr noch: Es ist unsere Bestimmung und Berufung. Es ist mein Wunsch, dass diese Kultur auch in der Politik immer mehr spür- und sichtbar wird – und zwar durch dich und mich.

*Herbert Geiser  
Gemeinderat, Heimberg  
Geschäftsleitungsmitglied HMK*

# Krisentauglichkeit des Kantons verbessern



**Die Corona-Pandemie ist seit bald zwei Jahren vorbei. Auch wenn sie vom Kanton Bern insgesamt gut bewältigt worden ist, besteht nicht zuletzt auf institutioneller Ebene Optimierungsbedarf. So gilt es, neben Demokratie und Rechtsstaatlichkeit für den Krisenfall zugleich auch die Handlungsfähigkeit der Behörden zu stärken.**

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass die zur Verfügung stehenden Verfahren nicht immer krisentauglich sind. Der Grosse Rat will deshalb das Instrument der dringlichen Gesetzgebung einführen. Damit können Gesetze, die keinen Aufschub erlauben, auf Vorschlag von Regierung und Parlament sofort in Kraft gesetzt werden. Dieses Instrument ist erprobt. Der Bund sowie zwölf

andere Kantone kennen es bereits. Die dringliche Gesetzgebung stellt keinen Freipass für Regierung und Parlament dar, um die Volksrechte auszuhebeln. Sie soll nur in Ausnahmesituationen zur Anwendung kommen. Deshalb sind hohe Hürden vorgesehen. Für die Annahme eines dringlichen Gesetzes ist eine qualifizierte Mehrheit im Parlament

erforderlich: Zwei Drittel der Grossratsmitglieder, also mindestens 107 der total 160 Abgeordneten, müssen zustimmen. Damit die Legitimation durch das Volk gewährleistet ist, unterliegt ein dringliches Gesetz zudem dem obligatorischen Referendum. Spätestens sechs Monate nach dessen Erlass muss es dem Volk zum Entscheid vorgelegt werden. Bei einer Ablehnung tritt das

Gesetz sofort ausser Kraft. Zur Einführung der dringlichen Gesetzgebung bedarf es einer Änderung der Kantonsverfassung. Deshalb stimmen wir am 3. März darüber ab. Der Grosse Rat hat dieser sinnvollen Anpassung, der die institutionellen Verfahren zur Krisenbewältigung verbessert, einstimmig zugestimmt.

*Philippe Messerli, Grossrat, Nidau*

## AUS DEM GROSSEN RAT

# Session im Zeichen der Finanzen



**Die Wintersession des Grossen Rates stand ganz im Zeichen der Beratungen über Budget, Steuern und Informatikkredite. Die Grossrätinnen und Grossräte der EVP vermochten einige positive Akzente zu setzen.**

**Markus Wenger** konnte sich mit seiner Motion durchsetzen, die verlangte, dass die Sitzverteilung in den Kommissionen während der Legislaturperiode nicht neu geregelt wird, wenn ein Mitglied des Grossen Rates eine Fraktion verlässt und/oder einer anderen beitrifft. Markus erschien auch als Samichlaus und sorgte mit einigen seiner Verse für unterhaltsame Momente. Die Session war geprägt von vielen Informatikkrediten für Konzernapplikationen in den Direktionen. **Tom Gerber** setzte sich als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission vertieft mit den Umsetzungsschwierigkeiten beim neuen Programm Nevo-Rialto für Polizei und Justiz auseinander. **Margret von Bergen** unterstützte die Wiedereinführung des Gesetzes für preisgünstige Mieten – leider ohne Erfolg. Erfolg hatte hingegen **Philippe Messerli** mit seiner Forderung, für Flüchtlinge bereits während des Asylverfahrens Integrationsmassnahmen zu definieren und

umzusetzen. Sein Vorstoss wurde als Postulat angenommen. **Barbara Stotzer-Wyss** war in ihrer Arbeit in der Finanzkommission bei der Vorbereitung des Budgets stark gefordert. Als Theologin hatte sie das geeignete Wissen, um sowohl zu der von der Rechten angedrohten Steuerhölle als auch zu den von der Linken geforderten Jubeljahr-ähnlichen Steuererlassen Stellung zu beziehen. **Tom Gerber** griff ein sehr heikles Thema auf. Er forderte, das Vorsorgeprinzip anzuwenden und irreversible Eingriffe zur Geschlechtsumwandlung auf Personen über 18 Jahre zu beschränken. Dieser Punkt wurde nur äusserst knapp angenommen. Auf grosse Zustimmung stiess dagegen die Forderung, Jugendliche bei Fragen zur Geschlechtsidentität verstärkt zu begleiten und bis zur Volljährigkeit nicht medizinische und reversible Ansätze zu fördern. **Tabea Bossard-Jenni** setzte sich dafür ein, dass der Kanton die Energieautonomie seiner ei-



*Tom Gerber*

genen Gebäude vorantreibt und auch subsidiäre Finanzierungsmodelle für die energetische Sanierung von Gebäuden prüft. Beide Forderungen wurden mit deutlichem Mehr angenommen. Leider kein Erfolg beschieden war **Hanspeter Steiner** mit seinem Antrag, dass bei der Jagd ähnlich einschränkende Bestimmungen beim Alkoholkonsum vorzusehen sind wie im Strassenverkehr. **Katja Streiff** forderte als Mitmotionärin erfolgreich, die Lücken

bei der Umsetzung der Berner Demenzstrategie zu schliessen und die betreffenden Angebote zu verbessern.

*Tom Gerber, Grossrat, Reconvilier*

## AGENDA

### Volksabstimmung

3. März 2024

### Frühlingssession Grosser Rat

4.–14. März 2024

### Ordentliche DV EVP Schweiz

24. März 2024 in Winterthur

### Ordentliche DV EVP Kt. Bern

27. April 2024 in Burgdorf

### Frauentagung EVP Schweiz

4. Mai 2024

### Volksabstimmung

9. Juni 2024

### Sommersession Grosser Rat

3.–13. Juni 2024

## Gezielte Hilfe statt 13. AHV-Rente für alle



Wer ein Leben lang arbeitet, soll im Alter eine anständige Rente erhalten, ohne in Altersarmut zu verfallen. Dieses berechnete Anliegen will die Initiative «Für ein besseres Leben im Alter» aufnehmen. Helfen wir damit die Altersarmut effektiv zu bekämpfen oder verteilt der Bund damit Gelder an Menschen, die es gar nicht nötig haben?

Diese Frage müssen wir bei der Abstimmungsvorlage klären. Die Bundesverfassung sagt, dass die AHV-Rente den Existenzbedarf angemessen decken muss und dass Bund und Kanton Ergänzungsleistungen ausrichten müssen, wo dies nicht der Fall ist. Drei Punkte sprechen gegen diese Initiative:

### Ungesicherte Finanzierung

Die Finanzierung soll durch höhere Lohnabgaben und aus Gewinnen der Schweizerischen

Nationalbank (SNB) geschehen. Die Löhne sind heute schon stark belastet und die SNB macht kaum Gewinne, somit wäre die Finanzierung unsicher.

### Ineffizientes Giesskannenprinzip

Eine 13. AHV-Rente an alle Rentnerinnen und Rentner unabhängig ihrer Bedürftigkeit ist eine höchst ineffiziente Massnahme mit einem sehr schlechten Kosten-Nutzen-Verhältnis. Viele Pensionierte besitzen heute

grosse Vermögen. Sie bekämen eine 13. AHV-Rente, die sie nicht benötigen. Mit den Ergänzungsleistungen zur AHV haben wir schon heute ein zielgerichtetes Instrument für Bedürftige.

### Unfair gegenüber den Jüngeren

Immer weniger Erwerbstätige müssen immer mehr Rentnerinnen und Rentner finanzieren und gleichzeitig Kinder für die Finanzierung der eigenen Altersvorsorge grossziehen. Diese Rechnung geht irgendwann nicht mehr auf.



Hanspeter Steiner

Im Parlament ist ein Vorstoss hängig, der verlangt, dass die Renten nur für Bedürftige erhöht werden.

Die EVP Kanton Bern hat Stimmfreigabe beschlossen. Die EVP Schweiz lehnt die Vorlage mit grossem Mehr ab.

*Hanspeter Steiner, Grossrat, Boll*

## Schöner Titel, aber zu kurz gedacht!



Die Initiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge» will das Rentenalter von Frauen und Männern an die Lebenserwartung knüpfen und es dem demografischen Wandel entsprechend etappenweise erhöhen. Ist dies der geeignete Weg zur nachhaltigen Sicherung der AHV?



Margret von Bergen

### Einiges spricht gegen die Initiative mit dem schönen Titel:

- Erst 2022 hat das Stimmvolk der Erhöhung des Frauenrentenalters äusserst knapp zugestimmt. Bereits wieder eine Erhöhung zu lancieren, kommt einem Wortbruch gegenüber den Frauen gleich.
- Bei der «Reform AHV 21» hatte man das Rentenalter zugunsten eines Referenzalters aufgehoben. Dadurch wurde der Renteneintritt geöffnet und flexibler gemacht. Hiermit gilt

es nun erst einmal Erfahrungen zu sammeln, die in weitere Reformschritte einfließen müssen.

Ein Lösungsauftrag an den Bundesrat zur Sicherung der Renten ist bereits in Arbeit.

- Das Parlament hat schon während der Debatten zur «AHV 21» den Auftrag erteilt, bis Ende 2026 eine Vorlage zu erarbeiten und vorzulegen, wie die AHV für die Zeit nach 2030 bis ins Jahr 2040 stabilisiert werden soll.
- Zudem soll das Rentenalter wie bis anhin im Gesetz

und nicht in der Verfassung geregelt werden. Diese Verankerung ist flexibler in der Handhabung.

- Ein Automatismus in der Anbindung des Rentenalters an die Lebenserwartung berücksichtigt weder die tatsächliche Situation auf dem Arbeitsmarkt noch die soziale Situation.

Die EVP-Delegierten fassten grossmehrheitlich die Nein-Parole.

*Margret von Bergen  
Grossrätin, Uetendorf*

**PROSPERITA**

Die christlich-ethische  
Pensionskasse  
[www.prosperita.ch](http://www.prosperita.ch)



**Kostenlose Schätzung**



# Sabrina Amacher, Interlaken



**Sabrina Amacher präsidierte 2023 den Grossen Gemeinderat (GGR) von Interlaken, wo sie seit 16 Jahren lebt. Sie ist im «schönen Muttenz» aufgewachsen, ist verheiratet und hat drei Söhne im Alter von 15, 13 und 10 Jahren. Sie ist zielorientiert, neugierig und hasst Langeweile.**

Die 43-jährige Interlaknerin liebt es, immer wieder neue Situationen und Herausforderungen zu meistern. Sie sagt von sich, dass sie ein «grundehrlicher Mensch» sei und dies auch von ihrem Umfeld erwarte. Schön, solche Menschen in der Politik zu haben!

**Wofür setzt du dich besonders ein?**

Ich bin von Natur aus an sehr vielen Themen interessiert. Gerne setze ich mich für Menschen ein, die am Rande der Gesellschaft stehen, die kein Sprachrohr haben, da sie selber nicht in der Lage sind, sich zu vertreten. Ich möchte mich dafür engagieren, dass alle Menschen

in unserem Land ein würdevolles Leben haben, dass ihre Grundbedürfnisse gedeckt sind und sie sich wertvoll fühlen, egal welchen Hintergrund sie haben.

**Welche christlichen Werte sind dir bei der Beschäftigung mit politischen Themen wichtig?**

Gerechtigkeit und Barmherzigkeit. Die Gerechtigkeit, wie schon oben erwähnt, damit alle gleich behandelt werden, egal ob reich oder arm, ob berühmt oder Durchschnittsbürger. Mit etwas mehr Barmherzigkeit wäre unsere Welt um einiges besser und schöner. Wir haben so viel erhalten, könnten so viel geben

und möchten doch immer noch mehr. Der Herr sorgt für uns, wir müssen uns keine Sorgen machen.

**Was war dein schönstes Erlebnis, was deine grösste Enttäuschung im GGR?**

Mein schönstes Erlebnis war sicher mein Jahr als GGR-Präsidentin. Ich durfte viel Schönes erleben und habe mich ganz besonders über das Vertrauen und die Wertschätzung aus meinem GGR-Kollegium gefreut und dass sie mich in dieses Amt gewählt haben. Meine grössten Enttäuschungen sind jeweils, wenn im GGR nicht konstruktiv



Sabrina Amacher

diskutiert werden kann, und die zunehmende Abkehr von der Solidarität.

**Diskutierst du zu Hause mit deiner Familie politische Themen?**

Politische Themen diskutiere ich sehr gerne mit meinem Vater, von ihm habe ich das Interesse für die Politik. Am meisten diskutiere ich aber mit meinem Mann darüber.

Interview: Susanne Gutbrod

ANZEIGEN

## Steuererklärung / Buchhaltung

**DE LUCA TREUHAND / Corina De Luca** ●●●

Treuhanderin mit eidg. FA / Immobilienverwalterin mit eidg. FA  
Simonstrasse 3, 3012 Bern / 031 305 58 79 / www.deluca-treuhand.ch

**FERIEN & SEMINARE**  
www.cvjm-zentrum.ch

**baumann**  
elektro

jung, dynamisch und motiviert

www.baumannelektro.ch  
3110 münsingen | 031 721 62 27

**berni**  
dr.wasserfachmann

- Wasserenthärtungsanlagen
- Neuanlagen und Service

berniwieland.ch

Ruedi Josuran:

**«Lepra ist heilbar. Helfen Sie jetzt!»**

lepramission.ch

**ostmission.ch**

Christliche Ostmission

Wir schützen, bauen auf und helfen direkt.

**Christ und Job.ch**  
IDEA-Stellenmarkt

Weiter-sagen!

**Finden Sie Ihre Berufung!**  
Das grosse Job-Portal für Christen:  
www.Christ und Job.ch

Jetzt Job finden!

## 3-Königinnen-Treffen

Am 6. Januar trafen sich 25 Frauen der EVP in Köniz unter dem Titel «Gut umsorgt und vorbereitet für den letzten Lebensabschnitt» zu einem gemütlichen und informativen Abend. Brigitte Herrli, diplomierte Pflegefachfrau, gab einen reichhaltigen Überblick zum Thema «Palliative Care» als ganzheitliche Betreuung.

Dabei zeigte sich, dass «Palliative Care» viel mehr ist, als todkranke

Personen bis zum Sterben zu begleiten. Denn es bedeutet auch: Forschung (am Inselspital), Ausbildung, Stabilisieren (richtige Einstellung von Medikamenten, insbesondere Schmerzmitteln), Begleitung der Angehörigen, Seelsorge und psychologische Begleitung. Am Inselspital Bern existiert sogar ein Konsiliardienst, d. h. ein Angebot zur Beurteilung und Mitbetreuung von Patientinnen und Patienten, das von anderen Ärzten angefordert werden kann. Weiter erfuhren die EVP-Frauen, dass durch den mobilen Palliativen Dienst der Spitex schwerkranke Menschen zu Hause betreut werden können.

Nach diesem Vortrag genossen die Teilnehmerinnen ein feines Nachtessen und einen regen Austausch unter sich.

*Susanne Gutbrod-Kunkler*

### EVP online

Infos zu Anliegen und Aktivitäten der kantonalen, schweizerischen und Jungen EVP (JEVP) finden Sie auf:

- [www.evp-be.ch](http://www.evp-be.ch)
- [www.jevp-be.ch](http://www.jevp-be.ch)
- [www.evppev.ch](http://www.evppev.ch)
- [www.jevp.ch](http://www.jevp.ch)

## Auf und Ab einer Session

67 neue Mitglieder haben mit der Wintersession die Arbeit in National- und Ständerat aufgenommen. Die Diskussionen ums Budget 2024 waren lang und intensiv. Die finanzielle Situation des Bundes ist angespannt, aber die Schuldenbremse konnte schliesslich eingehalten werden; das Budget in der Höhe von knapp 90 Milliarden Franken wurde genehmigt.

### Erfolge

■ Nik Guggers Motion «Befreiung von erneuerbaren Gasen von der CO<sub>2</sub>-Abgabe» wurde ins neue CO<sub>2</sub>-Gesetz integriert. Biogas gilt als CO<sub>2</sub>-neutral und die Abgabe auf Biogas reduzierte bisher den Anreiz bei der Wärmeversorgung darauf umzusteigen.

■ Die EVP konnte mit der Mehrheit von 96 zu 94 Stimmen verhindern, dass das Verbandsbeschwerderecht zusätzlich

eingeschränkt wird. Umweltverbände können nun weiterhin als «Anwälte der Natur» handeln und Projekte auf ihre Umweltverträglichkeit überprüfen lassen. Die Gerichtsverfahren wurden bereits an anderer Stelle verschlankt, indem eine Instanz weniger angerufen werden kann. Diese Vereinfachung hatten die EVP-Nationalräte unterstützt.

### Niederlagen

■ Der Nationalrat lehnte leider eine Flugabgabe für Privatjets und Businessflieger ab.

■ Die Revision des Kriegsmaterialgesetzes wurde mit grosser Mehrheit angenommen. Die EVP kritisiert diese Lockerung als undemokratisch (Versprechen ans Team der «Korrektur-Initiative» gebrochen) und unnützlich, da sie keine Antwort auf die Situation in der Ukraine bietet.

*Marc Jost, Nationalrat, Thun*



## S-Deposito<sup>+</sup>

### Mit Silber setzen Sie auf einen wahren Wert.

- ✓ Versicherte Lagerung
- ✓ Tauschfunktion
- ✓ Chance auf Wertzuwachs

Mit dem S-Deposito erwerben unsere Kunden hochreines Silbergranulat, das in einem Zollfreilager Nähe Zürich versichert aufbewahrt wird. Die Investition in Silbergranulat ist durch das Einsparen der Mehrwertsteuer preislich sehr attraktiv. Betrachten wir die hohe industrielle Nachfrage können wir bei Silber einen Wertzuwachs erwarten.

Sind Sie auf Ihren Silbervorrat kurzfristig angewiesen, können Sie diesen täglich zu den aktuellen Preisen in CHF oder EUR umtauschen. Ein Online-Zugang bietet Ihnen rund um die Uhr Einsicht in Ihren Silberbestand, eine Tauschfunktion und eine benutzerfreundliche Verwaltung von Dokumenten. Eröffnen Sie jetzt Ihr S-Deposito!

 [bb-wertmetall.ch](http://bb-wertmetall.ch)

 0041 62 892 48 48

 [contact@bb-wertmetall.ch](mailto:contact@bb-wertmetall.ch)

## Stadtrat Yannick Gloor, Biel



Der 33-jährige EVP-Stadtrat Yannick Gloor versteht sich als sach- und lösungsorientierter Brückenbauer, kann aber auch klar seine Überzeugungen vertreten. Als Rechtsanwalt ist er unter anderem für die Schweizer Paraplegiker-Vereinigung tätig. Nebenbei engagiert er sich für den Verein «Schulkooperative», der christliche Schulen in Biel und Thun führt.

**Gesellschaftspolitische Themen haben dich zum Jura-Studium bewogen. Als Rechtsanwalt mit Master-Abschluss berätst du nun Menschen vor allem im Versicherungsrecht. Was gefällt dir daran?**

An meiner Tätigkeit schätze ich am meisten, dass sie mir erlaubt, Menschen, die nach einem schicksalhaften Ereignis querschnittsgelähmt sind und sich plötzlich mit vielen existentiellen Fragen konfrontiert sehen, in dieser schwierigen Lebenslage in rechtlichen Angelegenheiten zu unterstützen, damit sie zumindest dies als gesorgt geben können.

**Wie kamst du zur EVP was verbindet dich mit ihr?**

Mit der EVP verbindet mich, dass sie sich für eine konstruktive und lösungsorientierte Politik einsetzt, die auf christlichen Grundwerten basiert.

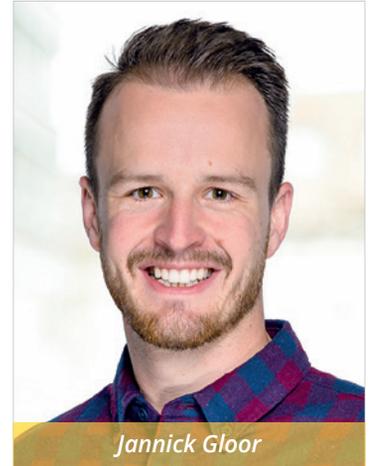
**Seit 1½ Jahren bist du im Stadtrat von Biel. Teils spannt dort die EVP mit den Bürgerlichen zusammen – etwa bei den Finanzen – teils mit den Linken – etwa beim Stadtklima. Wie gelingt es, dabei zu guten Lösungen beizutragen?**

Um mehrheitsfähige Lösungen zu finden, braucht es meist Kompromisse auf beiden Seiten.

Als (Bieler) EVP sehe ich unseren Beitrag darin, durch sachliche Diskussionen zwischen parteipolitischen Polen zu vermitteln.

**Was sind deine wichtigsten Anliegen für die Zukunft der Stadt Biel?**

Es dürfte bekannt sein, dass die finanzielle Lage der Stadt Biel ziemlich angespannt ist. In diesem Zusammenhang gilt es nun tragfähige und zukunftsorientierte Lösungen zu finden, die von allen Parteien mitgetragen werden.



Jannick Gloor

Interview:  
Christof Erne

**1 / 2024 Février**  
www.evp-be.ch, info@evp-be.ch

**VOTATIONS 7, 8**

Le 3 mars, l'électorat se prononcera sur un projet cantonal et deux initiatives nationales.

**GRAND CONSEIL 8**

Tom Gerber, député PEV du Jura bernois, rend compte de la session d'hiver du Grand Conseil bernois.

### 🇨🇭 VOTATION CANTONALE DU 3 MARS 2024

## Améliorer la capacité de crise du canton



**La pandémie de Corona est terminée depuis bientôt deux ans. Même si le canton l'a globalement bien gérée, des améliorations sont nécessaires, notamment au niveau institutionnel. Outre la démocratie et l'état de droit, il s'agit de renforcer la capacité d'action des autorités en cas de crise.**

La crise du coronavirus a montré que les procédures disponibles ne se sont pas toujours révélées adaptées aux crises. Le Grand Conseil veut donc introduire l'instrument de la législation urgente. Ainsi, les lois qui ne peuvent pas être reportées peuvent être mises en vigueur immédiatement sur proposition du gouvernement et du parlement. Cet instrument a fait

ses preuves. La Confédération et douze autres cantons le connaissent déjà. Cependant, la législation urgente ne constitue pas un passe-droit pour le gouvernement et le parlement afin d'annuler les droits populaires. Il ne doit donc être utilisée que dans des situations exceptionnelles. Des obstacles importants sont en outre prévus. L'adoption d'une loi urgente re-

quiert une majorité qualifiée au Parlement : deux tiers des membres du Grand Conseil, soit au moins 107 des 160 député-e-s au total, doivent donner leur accord. Afin de garantir la légitimation par le peuple, une loi urgente est en outre soumise au référendum obligatoire. Au plus tard six mois après son adoption, elle doit être soumise à la décision du peuple. En cas de rejet, la loi cesse immé-

diatement d'être en vigueur. L'introduction de la législation urgente nécessite une modification de la Constitution cantonale. C'est pourquoi nous voterons à ce sujet le 3 mars. Le Grand Conseil a approuvé à l'unanimité cette adaptation judiciaire qui améliore les procédures institutionnelles de gestion de crise.

Philippe Messerli, député, Nidau

# Une session sous le signe des finances



Lors de la session d'hiver du Grand Conseil, les délibérations sur le budget, les impôts et les crédits informatiques ont été au centre des débats. Les député-e-s du PEV ont réussi à mettre quelques accents positifs.

**Markus Wenger** a réussi à faire accepter sa motion qui demandait que la répartition des sièges au sein des commissions ne soit pas revue au cours de la législature, si un membre du Grand Conseil quitte une fraction et/ou en rejoint une autre. Markus est aussi apparu en tant que Père Noël et a offert quelques moments d'amusement avec ses vers. La session a été marquée par les nombreux crédits-cadre pour l'informatique des différentes directions. **Tom Gerber** (photo) s'est fortement impliqué dans les travaux de la Commission de gestion concernant le nouveau programme Nevo-Rialto pour la police et la justice. **Margret von Bergen** s'est engagée pour réintroduire une loi sur les loyers modérés – malheureusement sans succès. **Philippe Messerli** a réussi à faire passer en postulat, l'idée

qu'il serait utile de définir et mettre en œuvre des mesures d'intégration durant la procédure d'asile déjà.

**Barbara Stotzer-Wyss** a été fortement sollicitée dans son travail à la Commission des finances pour la préparation du budget. En tant que théologienne, elle avait un bon bagage pour prendre position autant sur l'enfer fiscal brandit par la droite que sur les propositions de type jubilaire proposées par la gauche.

**Tom Gerber** s'est attaqué à un thème très délicat en demandant d'appliquer le principe de précaution et de réserver les interventions irréversibles visant à changer de sexe aux personnes de plus de 18 ans et de renforcer l'accompagnement des jeunes aux prises avec des questions d'identité de genre en favorisant des approches non médicales et réversibles jusqu'à leur majorité. Si le renforcement de

l'accompagnement a été largement accepté, le premier point l'a été d'extrême justesse.

**Tabea Bossard-Jenni** s'est engagée pour que le canton aille de l'avant dans l'autonomie énergétique de ses propres bâtiments et a aussi œuvré pour que le canton étudie des modèles de financement subsidiaires pour la rénovation énergétique des bâtiments. Ces deux objets ont été acceptés par une confortable majorité.

**Hanspeter Steiner** a défendu sans succès la mise en place d'une réglementation similaire pour la chasse que pour la conduite d'un véhicule en matière de consommation d'alcool.



En tant que co-motionnaire, **Katja Streiff** a demandé avec succès de combler les lacunes dans la mise en œuvre de la stratégie bernoise en matière de démence et à améliorer les offres concernées.

*Tom Gerber, député, Reconvilier*

## VOTATIONS DU 3 MARS 2024

Infos:

[evp-be.ch/fr](http://evp-be.ch/fr) et [evppev.ch/fr/votations](http://evppev.ch/fr/votations)



Procédure législative urgente

OUI

Initiative pour une 13<sup>e</sup> rente AVS  
Initiative sur les rentes

LIBERTÉ DE VOTE  
NON

## VOTATIONS FÉDÉRALES DU 3 MARS

# Des initiatives sur l'AVS non durables



Le PEV veut continuer à assurer une prévoyance vieillesse durable et sûre qui permet de vieillir dans la dignité et la sécurité économique. Cependant, ni une augmentation de l'âge de la retraite si peu de temps après la réforme AVS 21, ni le principe de l'arrosoir d'une 13<sup>e</sup> rente AVS ne sont des solutions durables. Le PEV Suisse dit non à ces deux initiatives.

Le PEV Suisse dit non à une 13<sup>e</sup> rente AVS. Pour prévenir efficacement la pauvreté des personnes âgées, les fonds doivent être utilisés de manière ciblée et en fonction des besoins. Il s'agit en outre d'organiser le financement de l'AVS de manière à ce qu'elle puisse également assurer la vieillesse des générations futures. L'initiative met en péril les perspectives de financement à long terme de l'AVS dans son ensemble.

Le PEV dit non à l'initiative sur les rentes. Ce serait un véri-

table affront pour l'électorat si, immédiatement après la réforme AVS 21, on augmentait à nouveau l'âge de la retraite. Le Parlement a déjà chargé le Conseil fédéral de présenter, d'ici à la fin de 2026, une solution pour stabiliser l'AVS de manière durable. Pour le PEV, cette solution doit être socialement équitable et tenir compte de la situation sur le marché du travail, deux exigences que l'initiative ne remplit pas.

PEV CH



## IMPRESSUM

**Herausgeberin:** EVP Kanton Bern, Postfach 2319, 3001 Bern [info@evp-be.ch](mailto:info@evp-be.ch)  
Tel. 031 352 60 61

**Redaktionsadresse:** Christof Erne  
Myrtenweg 27, 3018 Bern, [bevp@evp-be.ch](mailto:bevp@evp-be.ch)

**Adressänderungen:** Bitte schriftlich an EVP Schweiz, Postfach 2319, 3001 Bern, oder via [www.evppev.ch/kontakt/adressaenderung](http://www.evppev.ch/kontakt/adressaenderung)

**Inserate:** IDEA, Urs Scharnowski, Tel. 031 818 01 46, [urs.scharnowski@jordibelp.ch](mailto:urs.scharnowski@jordibelp.ch)

**Mediadaten:** [www.evp-be.ch](http://www.evp-be.ch) > Parteizeitung

**Jahresabonnement:** Mitglieder: Fr. 5.-;  
Freunde / Gönner: Fr. 3.- IBAN CH64 3000 0001 3002 0312 1

**Druckerei:** W. Gassmann AG, Biel

**Versandarbeiten / Beilagen:** Atelier Passage,  
Müllerstrasse 3, 2562 Port, [www.atelierpassage.ch](http://www.atelierpassage.ch), [info@atelierpassage.ch](mailto:info@atelierpassage.ch), Tel. 032 331 66 55